

Gemeinderatsbeschlüsse vom 3.6.2003 (Auszug)

Errichtung Kunstrasenplatz Römerpark

Auf Vorberatung des Sportausschusses und des Gemeindevorstandes wird beschlossen, die Fa. Strabag Sportstättenbau mit der Errichtung des Kunstrasenplatzes am bestehenden Ballspielplatz Römerpark zu beauftragen. Die Fa. Strabag erwies sich mit einer Anbotssumme von € 50.300,65 inkl. Mwst. als Billigstbieter.

Rettungsgesellschaft Hall – Vertragsabschluss

Es wurde beschlossen, den vorliegenden Vertrag mit der freiwilligen Rettung Hall mit einer Vertragsdauer bis zum 31.12.2010 (erster Kündigungstermin) abzuschließen. Die Kopfquote beträgt auf Basis der Volkszählung 2001 € 10,45 inkl. Mwst. indexgesichert bei 8.352 Einwohnern. Die jährlichen Gesamtkosten betragen für die Gemeinde € 93.542,40 inkl. Mwst.

Kinderkrippe – Änderung Betreuungszeiten und Gebühren

Es wurde beschlossen, die Öffnungszeiten der Kinderkrippe auf Grund des geänderten Bedarfs derart abzuändern, dass nunmehr eine Betreuung bis 15 Wochenstunden, bis 25 Wochenstunden und über 25 Wochenstunden möglich ist. Die Öffnungszeiten vom Mo-Fr werden von 7.00 bis 17.00 Uhr auf 7.00 bis 15.00 Uhr eingeschränkt. Die Beiträge sollen dementsprechend abgeändert werden:

bis 15 Wochenstunden	€ 60,--
bis 25 Wochenstunden	€ 120,--
ab 25 Wochenstunden	€ 210,--

Die Beträge sind jeweils inkl. der Umsatzsteuer. Diese Regelung soll mit Beginn des Schuljahres 2003/2004 in Kraft treten.

Seniorenwohnheim Alt – Grundsatzbeschluss über Verwertung

Es wurde beschlossen, mit der „Frieden“ konkrete Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, das Haus Ahornstraße 24 und das östlich davon gelegene Grundstück zur Verbauung im Wege eines Baurechtes zu übertragen. Das Haus Ahornstraße 24 sollte so umgebaut werden, dass Kleinwohnungen entstehen, die als Mietwohnungen von der Marktgemeinde Rum vergeben und von der Wohnbaugesellschaft „Frieden“ verwaltet werden.

Resolution gegen die Abschaffung der Notstandshilfe

Es wurde beschlossen, eine Resolution gegen die Abschaffung der Notstandshilfe und deren Ersatz durch die „Sozialhilfe neu“ und damit gegen weitere finanzielle Belastungen für Städte und Gemeinde an die Bundesregierung zu richten. Der Gemeinderat der Marktgemeinde Rum fordert daher die Bundesregierung eindringlich auf, die Notstandshilfe für langzeitarbeitslose Menschen und deren derzeitige Finanzierung nicht abzuschaffen. Ein Abschieben der sozialen Verantwortung und eine Überwälzung der Kosten auf die Länder und damit letztendlich auf die Gemeinden ist aufgrund der angespannten finanziellen Situation vieler Städte und Gemeinden in Österreich undenkbar.